

SOLIDARITÄT

Die **OGB**-Zeitschrift für die Arbeitswelt

IN DIESEM HEFT:

- *Papamonat: ÖGB-Frauen fordern Rechtsanspruch*
- *Ferienjob: Ungereimtheiten bei der Abrechnung*
- *Beruf(ung): Jugendvertrauensrätin*



Mehr als
100.000
haben Druck gemacht

„GOLD-PLATING“

Welche Verschlechterungen auf Beschäftigte zukommen könnten.

Seite 10

SOZIALVERSICHERUNG

„Husch-Pfusch-Gesetz“ gefährdet Gesundheitsversorgung.

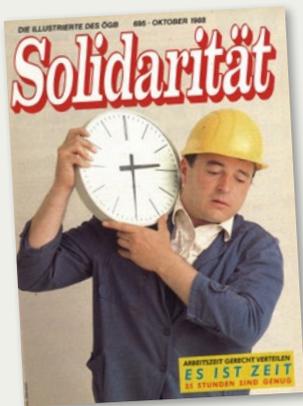
Seite 14

RECHTSFALL

Überstunden nicht ausbezahlt?
Die Arbeiterkammer hilft.

Seite 17

VOR 30 JAHREN IN DER SOLI



Arbeitszeit gerecht verteilen war in den 1980er-Jahren ein wichtiges Motiv für den ÖGB, eine weitere Arbeitszeitverkürzung in Richtung 35-Stunden-Woche zu fordern. Eine bessere Verteilung von Arbeit könne der steigenden Arbeitslosigkeit und Verdichtung der Arbeit entgegenwirken.

Impressum

Herausgeber: Österreichischer Gewerkschaftsbund, 1020 Wien, Johann-Böhm-Platz 1. **Medieninhaber:** Verlag des Österreichischen Gewerkschaftsbundes GmbH, 1020 Wien, Johann-Böhm-Platz 1, Tel.: 01/662 32 96-0, Fax: 01/662 32 96-39793, E-Mail: zeitschriften@oegbverlag.at, www.oegbverlag.at. **Herstellerin:** Leykam Druck GmbH & Co KG, 7201 Neudörfel, Bickfordstr. 21.

Verlagsort: Wien. **Herstellungsort:** Neudörfel.

Kaufmännische Leitung: Christoph Höllriegl. **Chefin vom Dienst:** Amela Muratovic. **AutorInnen:** Florian Kräftner, Franz Fischill, Litsa Kalaitzis, Barbara Kasper, Dietmar Meister, Friederike Scherr, Stefan Fröhlich (ÖÖ), Christoph Schulz (Salzburg), Helena Sachers (Tirol), Beate Horvath (Burgenland), Martina Steiner-Riolo (Kärnten), Sabine Rudigier (Vorarlberg), Philip Vondrak (Vorarlberg), Marcus Arige (NÖ), Martin Fill (Steiermark). **Artdirektion & Grafik:** Reinhard Schön. **Illustrationen:** Isabelle Carhoun. **Titelbild:** Michael Mazohl. **Anzeigen:** Thomas Aichelburg-Rumerskirch, www.brandcom.at, soli@brandcom.at. **Sekretariat:** Sonja Adler. **Lektorat:** Karin Flunger. **Redaktionsadresse:** 1020 Wien, Johann-Böhm-Platz 1, Tel.: 01/534 44-39263, Fax: 01/534 44-39916, E-Mail: soli@oegb.at, www.oegb.at/soli. **Offenlegung gemäß Mediengesetz, § 25:** www.soli.at/offenlegung.

Für unverlangt eingesendete Manuskripte und Fotos keine Gewähr. Nachdrucke, auch auszugsweise, nur mit Zustimmung der Redaktion und mit Quellenangabe. Namentlich gekennzeichnete Artikel müssen nicht der Meinung der Redaktion entsprechen.

ZVR-Nr.: 576439352

DVR-Nr. 0046655

Adressänderungen

Tel.: 01/534 44-39100
oder unter service@oegb.at

i-move.at

4-Tage-Woche



EIN NEUSEELÄNDISCHES

Unternehmen will nach einem erfolgreichen achtwöchigen Test die 4-Tage-Woche für seine MitarbeiterInnen dauerhaft einführen. „Die Produktivität stieg geringfügig an, der Stresslevel sank“, sagte der Geschäftsführer der Fondsgesellschaft Perpetual Guardian, Andrew Barnes. Im März wurde das Experiment gestartet – bei vollem Lohnausgleich. Ein Forscherteam der Universität Auckland begleitete den Test. Bei der Produktivität gab es trotz reduzierter Stundenzahl keinen Rückgang. Während vor dem Test 54 Prozent mit dem Verhältnis zwischen Berufs- und Privatleben zufrieden waren, waren es danach 78 Prozent. ÖGB-Präsident Wolfgang Katzian fordert ein Recht auf die 4-Tage-Woche. <https://bit.ly/2LhgmEW>

Kürzungen im Frauenbudget



DAS BUDGET für „Frau-

enangelegenheiten und Gleichstellung“ wird um 500.000 Euro auf 10,17 Millionen Euro gekürzt. Zusätzlich wandern 200.000 Euro von den „Förderungen“ zu den „Aufwendungen“. Somit gibt es rund 700.000 Euro weniger an Förderungen für frauenpolitische Agenden. Betroffen sind vor allem Fraueninitiativen. Mehrere Organisationen sehen sich nun in ihrer Existenz bedroht. Die neue Vorsitzende des Österreichischen Frauenrings (ÖFR), der Dachorganisation österreichischer Frauenvereine, Klaudia Frießen – sie ist auch stv. Vorsitzende der ÖGB-Frauen – kritisiert diese Pläne und fordert eine finanzielle und rechtliche Absicherung der Frauenorganisationen. Die ÖGB-Frauen unterstützen diese Forderung. <https://bit.ly/2mFlzGR>

GUT GEBRÜLLT /// UNS ZUGEMÜLLT

Interviewer auf oe24.tv: „Wenn man von 150 Euro leben kann ...“

»Wenn man die Wohnung auch noch bekommt, dann sicher.«



Beate Hartinger-Klein, Sozialministerin (FPÖ)

„Mario bleiben nach Abzug der Mietkosten im Juni 150 Euro übrig. Wie viel Geld hat Mario pro Tag zur Verfügung?“ So oder so ähnlich könnte ein Mathematik-Hausübungsbeispiel in der Volksschule lauten. Das Ergebnis: fünf Euro. In Kambodscha könnte man davon leben, in vielen anderen Ländern schon nicht mehr. Sozialministerin Hartinger-Klein behauptet in einem Interview auf oe24.tv, dass das in Österreich möglich wäre. Wir bezweifeln das: Selbst wenn man sich permanent von Brot und Butter ernährt und auf viele Hygieneartikel verzichtet, geht sich das nicht aus. Neben Wohnung und Essen haben Menschen hierzulande viele weitere Ausgaben, etwa für Medikamente, Kleidung, Schulsachen, Verkehrsmittel, Reparaturen, Telefon und Internet. 150 Euro im Monat reichen nicht aus, vor allem wenn man in die Arbeit oder zur (Berufs-)Ausbildung fahren muss oder sich für einen Job bewerben möchte. Abgesehen davon ist ein gutes Leben, ein Leben in Würde, mit 150 Euro im Monat nicht möglich.

© photocase/bastografie

JOB LÄSST BESCHÄFTIGTE NICHT SCHLAFEN

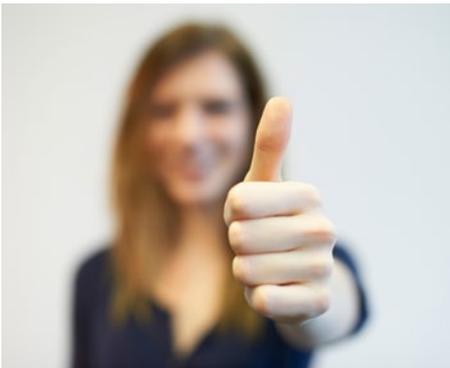
Die Arbeit raubt Österreichs ArbeitnehmerInnen den Schlaf – und das auch schon vor der Einführung des 12-Stunden-Tages. Mehr als die Hälfte aller ÖsterreicherInnen (57,9 Prozent) haben Schwierigkeiten beim Einschlafen oder Durchschlafen. Frauen sind mit 58,6 Prozent etwas häufiger von Schlafproblemen betroffen als Männer (55,5 Prozent). Das zeigt eine aktuelle Umfrage der österreichischen Online-Jobbörse StepStone.at. Der häufigste Grund für die Schlafprobleme: der Job. 32,1 Prozent können nicht einschlafen, weil sie an die Arbeit denken. Ein Viertel (24,3 Prozent) geht vor dem Einschlafen den vergan-



© 123rf.com

genen Arbeitstag im Kopf noch einmal durch oder denkt schon daran, was am nächsten Tag im Büro alles erledigt werden muss. Und 16,9 Prozent denken statt zu schlafen darüber nach, den Job zu wechseln oder zu kündigen.

NOTSTANDSHILFE: ANRECHNUNG DES PARTNEREINKOMMENS FÄLLT WEG



Seit 1. Juli 2018 wird bei der Berechnung der Notstandshilfe das Partner Einkommen nicht mehr angerechnet. Es spielt keine Rolle mehr, was der Partner/die Partnerin verdient – eine jahrelan-

ge Forderung des ÖGB wurde somit erfüllt. Am meisten bringt die Neuerung jenen Arbeitslosen, die aufgrund des „zu hohen“ Partnereinkommens bisher gar keine Notstandshilfe erhalten haben. Mehr Geld gibt es auch für jene, deren Notstandshilfebezug geschmälert war. Außerdem profitieren jene Personen, die aufgrund der Anrechnung des Partner Einkommens keine Geldleistung bekommen haben und sich deshalb beim Arbeitsmarktservice (AMS) auch nicht mehr als arbeitslos vermerken lassen. Hier ist es wichtig, sich nun wieder beim AMS zu melden und den Anspruch auf Notstandshilfe geltend zu machen. Mehr Infos zur neuen Regelung: www.ams.at

OGH: UMKLEIDEZEIT IST ARBEITSZEIT

Der Oberste Gerichtshof (OGH) hat erneut in einer der strittigsten Fragen im Arbeitsrecht entschieden, nämlich ob Umkleidezeit Arbeitszeit ist oder nicht. Konkret ging es um MitarbeiterInnen in einem Krankenhaus. Nach der Entscheidung des Höchstgerichtes gelten nun Umkleidezeiten in Krankenanstalten als Arbeitszeit, wenn das Anlegen der Dienstkleidung aus hygienischen,

organisatorischen und rechtlichen Gründen im Auftrag des Arbeitgebers erfolgt. „Diese OGH-Entscheidung ist erfreulich für die Betroffenen“, so AK-Oberösterreich-Präsident Johann Kalliauer. „Es gibt aber auch einen Wermutstropfen: Sie ist nicht generell für alle Branchen gültig. Im Zweifel deshalb unbedingt Rat bei der Arbeiterkammer einholen.“

WOLFGANG KATZIAN,
ÖGB-Präsident,
zum neuen Arbeitszeitgesetz

IM HERBST IST ZAHLTAG!



Mehr als 100.000 Menschen haben bei unserer Demo gegen den 12-Stunden-Tag und gegen die 60-Stunden-Woche Druck gemacht. Die

Regierung sah sich zu Änderungen gezwungen. Trotzdem ist das neue Arbeitszeitgesetz nach wie vor nicht akzeptabel. Es erlaubt Unternehmen, 12-Stunden-Tage ohne Mitsprache der Belegschaft anzuordnen. Betriebsvereinbarungen sind dafür nicht mehr notwendig. Das ist ein klarer Freibrief für Arbeitgeber! Der angekündigte Kündigungsschutz ist in Wahrheit auch nichts anderes als die Möglichkeit, eine Kündigung anzufechten. Das Problem: Die geschätzte Dauer derartiger Verfahren liegt bei einem Jahr. In dieser Zeit ist der Arbeitsplatz längst wieder vergeben und für Betroffene verloren.

»Es braucht klare Regeln, wie die 4-Tage-Woche umgesetzt werden kann.«

Die Regierung bewirbt ihr Arbeitszeitgesetz auch mit der 4-Tage-Woche, die es angeblich zum Ausgleich geben soll. Nur: im Gesetz findet sich kein Wort dazu. Übrigens: Die 4-Tage-Woche ist schon seit mehr als 20 Jahren gesetzlich verankert. Wie diese Möglichkeit jetzt besser anzuwenden wäre, auch darauf bleibt das neue Gesetz die Antwort schuldig. Selbstbestimmte Freizeitblöcke zur Regenerierung und um ein gutes Leben führen zu können, sind notwendig. Es braucht klare Vereinbarungen, wie die 4-Tage-Woche umgesetzt werden kann. Einen fairen Rahmen, der es ermöglicht, dass alle von dieser Möglichkeit profitieren können.

Die Herbstlohnrunde beginnt in wenigen Wochen. Damit ist für all jene Zahltag, die bei der Regierung die Ausweitung der Höchstarbeitszeit zulasten der ArbeitnehmerInnen bestellt haben.

Tekeci H... 12h Tag und 60h Wochenarbeitszeit ist der falsche Weg finde ich eine Kürzung der Wochenarbeitszeit auf 32h wäre sinnvoll und würde zusätzlich Arbeitsplätze schaffen!

Gefällt mir · Antworten · Nachricht senden · 4 W

Ingrid M... 2:10:49 Danke, dass ihr da dagegen protestiert. Hätte nicht mitkommen können, aber bin VOLL auf Eurer Seite! Wäre ja wirklich ein Wahnsinn, und ein enormer Rückschritt. War auch immer bei der Gewerkschaft, bin jetzt längst in Pension, 74. ❤️❤️❤️

Gefällt mir · Antworten · Nachricht senden · 2 W

Birte V... Ich frage mich wer nach 9 Stunden überhaupt noch produktiv arbeiten kann

Gefällt mir · Antworten · Nachricht senden · 2 W

Heinz P... Was ist mit den Allein-ErzieherInnen denen eine Anfahrt zum Arbeitsplatz von 2 Std. zugemutet wird? Bei 12 Std. Arbeit und der Heimfahrt ist man 16 Std. nicht zu Hause. Welcher Kindergarten ist so lange offen ??? Außerdem bleiben für Schlaf, Kind und Arbeit daheim gerade noch 8 Std. übrig. Erwarte mir von der Regierung eine klare Antwort !!!

Gefällt mir · Antworten · Nachricht senden · 2 W

Raphael F... Und aus diesem Grund trete ich dem ögb bei.

Gefällt mir · Antworten · Nachricht senden · 3 W

Xiuli M... Das wiss ma eh! In anderen Ländern senkt man die Arbeitszeit, aber WIR machen einen Schritt zurück ins 19 Jhrt.

Gefällt mir · Antworten · Nachricht senden · 4 W

Notburga P... wenn es wirklich freiwillig wäre dann ist es ok. Aber in der Praxis schaut's anders aus.

Gefällt mir · Antworten · Nachricht senden · 4 W

Kilian K... leider sehen viele die Leistungen der Gewerkschaft und Arbeiterkammer erst wenn diese gekürzt oder abgeschafft werden sollen, ohne Gewerkschaft gäbe es weder Urlaub noch Lohnerhöhung, noch Fixstundenlohn usw. Ohne Gewerkschaft wären die Arbeitnehmer Leibeigene

Gefällt mir · Antworten · Nachricht senden · 2 W

Manfred H...Arbeitszeitverlängerung schafft Arbeitslosigkeit...

Gefällt mir · Antworten · Nachricht senden · 3 W

Mario S... 100.000 Menschen auf einer Demo sind für ein so kleines Land wie Österreich schon massiv! Starkes Zeichen was die ArbeitnehmerInnen wirklich wollen, zumindest GAR NICHT wollen.

Gefällt mir · Antworten · Nachricht senden · 2 W

WIR BLEIBEN LAUT!

Der 12-Stunden-Tag ist arbeitnehmerInnenfeindlich, familienfeindlich und gesundheitsschädlich.

Nachdem die Regierung am 14. Juni ihren Gesetzesentwurf zur 60-Stunden-Woche inklusive 12-Stunden-Tag veröffentlicht hatte, begann der ÖGB auf der Stelle mit der Analyse des Papiers. Eindeutiger Befund: Es handelt sich dabei um einen massiven Angriff auf die Gesundheit, die Geldbörsen und die Freizeit der ArbeitnehmerInnen. Als die Regierung auch noch ankündigte, das Gesetz fernab aller demokratischen Gepflogenheiten und ohne Einbindung der Sozialpartner im Eilverfahren durch das Parlament peitschen zu wollen, beschloss der ÖGB, auf die Straße zu gehen, und kündigte für Ende Juni eine Großdemonstration in Wien an.

Obwohl für die Mobilisierung nur zwei Wochen Zeit blieben, zogen am 30. Juni unter dem Motto „Wir sind hier, wir sind laut, weil ihr uns die Freizeit klaut“ mehr als 100.000 Menschen vom Wiener Westbahnhof zum Heldenplatz.

Widerstand geht weiter

Angesichts des massiven Drucks durch das Bündnis aus ÖGB, Gewerkschaften und Zivilgesellschaft sah sich die Regierung gezwungen, den Gesetzesentwurf zu korrigieren und eine „Freiwilligkeitsgarantie“ darin zu verankern. Weil aber in der Praxis Überstunden nicht einfach beliebig abgelehnt werden können, ändert sich dadurch an der Sache nichts: Das Gesetz bleibt arbeitneh-

merInnenfeindlich, familienfeindlich und gesundheitsschädlich (siehe Seite 6 und 7). Deshalb haben die Gewerkschaften in den letzten Wochen mehr als 2.000 Betriebsversammlungen organisiert, mit dem Ziel, die einseitige Darstellung der Regierung richtigzustellen und den Menschen zu sagen, was wirklich im Gesetz steht und welche Folgen es tatsächlich hat. „Auch in nächster Zeit werden wir nicht stillhalten, sondern den Druck auf die Besteller dieses Gesetzes erhöhen. Wir werden alles dafür tun, dass die Umsetzung des Gesetzes verhindert wird“, verspricht ÖGB-Präsident Wolfgang Katzian. Außerdem fordert er ein Anrecht auf die 4-Tage-Woche als Ausgleich für den 12-Stunden-Tag (siehe Seite 3).



© Thomas Reimer/ÖGB



LAUT, BUNT UND KRAFTVOLL war die ÖGB-Demo, zu der mehr als 100.000 Menschen angereist waren. Ob jung oder alt, aus Wien oder Vorarlberg, mit Transparent oder ohne - sie alle können den Regierungsplänen zum 12-Stunden-Tag und zur 60-Stunden-Woche nichts abgewinnen.

**Arbeitszeit:
Telefon-Hotline**

Zwölf Stunden pro Tag und 60 Stunden pro Woche werden ab 1. September möglich. Für alle ArbeitnehmerInnen, die Unterstützung brauchen, hat der ÖGB eine Hotline eingerichtet. Unter **0800 22 12 00 60** können Beschäftigte auch Verschlechterungen aufgrund des neuen Gesetzes melden. Die Telefonhotline ist ab 1. September von 9 bis 18 Uhr erreichbar.

MEHR INFORMATIONEN:
www.neinzum12stundentag.at
www.oegb.at
www.mitgliederservice.at



© Sebastian Philipp



© David Pichler



© David Pichler

KÄMPFERISCH: die Österreichische Gewerkschaftsjugend (ÖGJ). „Es geht um unsere Zukunft! Und diese lassen wir uns nicht nehmen!“ Tausende junge ArbeitnehmerInnen marschierten bei der Demo mit, an der Spitze die ÖGJ-Vorsitzende Susanne Hofer.



© Sebastian Philipp



© Michael Mazohl

„**DIESE DEMO** ist der Beginn, nicht das Ende unseres Einsatzes gegen den 12-Stunden-Tag und gegen die 60-Stunden-Woche“, kündigte ÖGB-Präsident Wolfgang Katzian auf dem Heldenplatz an.

ARBEITSPLÄTZE STATT ÜBERSTUNDEN

Wegen der guten Wirtschaftslage werden wieder mehr Überstunden angeordnet. Das 12-Studentag-Gesetz macht das noch leichter. Im Gegenzug müssen Überstunden teurer werden.



Das Arbeitsmarktservice (AMS) ist der Meinung, dass die Reformen im Arbeitszeitbereich zu „keinen großen, messbaren Effekten in Bezug auf Arbeitslosigkeit oder Beschäftigung führen“, sagt AMS-Chef Johannes Kopf. Das mag im Großen und Ganzen stimmen, aber von der Statistik haben jene Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer nichts, die trotzdem ihren Job verlieren.

Überstunden machen krank und arbeitslos

Derzeit zieht die Konjunktur an, die Betriebe produzieren nach dem Einbruch in der Wirtschaftskrise wieder mehr – und brauchen dafür mehr Arbeitsstunden. Statt zusätzliche Arbeitskräfte aufzunehmen, setzen aber viele Firmen auf Überstunden. Die Folge: Die Arbeitslosigkeit sinkt nicht in dem Umfang, wie sie könnte. Die Lösung: Überstunden (und Mehrstunden von Teilzeitbeschäftigten) müssen teurer werden. „Arbeitgeber, die Überstunden anordnen, sollen einen Beitrag von einem Euro

pro Stunde zusätzlich ins Gesundheits- und Arbeitsmarktbudget einzahlen“, fordert Bernhard Achitz, Leitender Sekretär des ÖGB. „Das wäre nur gerecht, denn Überstunden machen die einen krank und die anderen arbeitslos.“

Ältere und Frauen werden aus dem Arbeitsmarkt gedrängt

„Die drohenden 12-Stunden-Tage würden die Arbeitsmarktchancen derjenigen Menschen massiv verschlechtern, die es ohnehin am schwierigsten haben, wie zum Beispiel Ältere und Frauen“, sagt Achitz. Ältere seien in vielen Berufen aus gesundheitlichen Gründen nicht in der Lage, zwölf Stunden am Tag und 60 Stunden in der Woche zu arbeiten. Und Frauen, auf die nach wie vor der größte Teil der Betreuungspflichten abgewälzt wird, könnten Arbeit und Privatleben noch schwerer unter einen Hut bringen. Achitz: „Der 12-Stunden-Tag würde viele Frauen aus dem Erwerbsleben drängen. Das wäre ein enormer gesellschaftlicher Rückschritt.“

12-STUNDEN-TAG GEFÄHRDET DIE GESUNDHEIT

Überlange Arbeitszeiten machen krank. Die "Solidarität" hat bei Arbeitsmediziner und Psychiater Rudolf Karazman nachgefragt:



Wie viel Zeit brauchen ArbeitnehmerInnen, die zwölf Stunden am Tag arbeiten, um sich voll zu erholen?

Die Erschöpfung steigt während eines Arbeitstags. Die zur Erholung nötige Zeit bei 12-Stunden-Diensten liegt bei mindestens zwei Stunden, bei körperlich

oder psychosozial sehr anstrengenden Tätigkeiten ist sie noch länger. Deshalb ist bei 12-Stunden-Diensten keine 60-Stunden-Woche, sondern eine 30-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich angesagt.

Mit zunehmendem Alter sinkt die körperliche Leistungsfähigkeit. Können ältere ArbeitnehmerInnen überhaupt so lange arbeiten?

Für Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen ab 50 ist eine Reduktion der Arbeitszeit dringend anzuraten, weil wir mit dem Alterwerden zwar klüger werden, aber biologisch schwächer. Und zwar nimmt die Muskulatur ab 25 ab. Vor allem die Nachtarbeit muss reduziert werden. Weil mit zunehmen-

dem Alter die Körpertemperatur sinkt, sind für 50-Jährige acht Stunden Nachtarbeit so anstrengend wie 16 Stunden Tagarbeit. Aber auch für NeuanfängerInnen und jüngere ArbeitnehmerInnen braucht es eine kürzere Arbeitszeit, weil ihnen die Routine und Kompetenz noch fehlen und damit die Arbeit auch für sie anstrengender ist.

Was sagen Sie zur geplanten Verkürzung der Ruhezeiten?

Die von der Regierung geplante Verkürzung mutet mich wie eine Form legalistischer Körperverletzung an. Da sollte der ÖGB gemeinsam mit ArbeitsmedizinerInnen eine Klage gegen die Regierung entwickeln.

12-STUNDEN-TAG SORGT FÜR VIEL DISKUSSIONSSTOFF

Der ÖGB ist gegen das neue Arbeitszeitgesetz, weil es massive Auswirkungen auf Gesundheit, Freizeit und Einkommen der ArbeitnehmerInnen hat. Die „Solidarität“ geht auf die Argumente der BefürworterInnen des neuen Gesetzes ein.

Den 12-Stunden-Tag gibt es doch schon längst...

Derzeit gibt es den 12-Stunden-Tag als Ausnahme – mit Betriebsvereinbarung und Schutz für alle, die so lange arbeiten. Arbeitszeitmodelle mit 12-Stunden-Schichten (etwa im Gesundheitsbereich) sind verbunden mit planbaren Freizeitblöcken im Anschluss an diese Dienste. Zudem sind die Dienstpläne im Voraus bekannt und somit ist das Leben besser planbar. Künftig kann in der Früh bekannt gegeben werden, dass der heutige Tag ein langer wird, dass man, wenn man um acht Uhr kommt, erst um 20.30 Uhr gehen kann.

Aber ich kann ablehnen. Es gibt ja die Freiwilligkeitsgarantie...

Theoretisch ja, aber wer sagt wirklich Nein, wenn er Angst um seinen Job hat oder den Druck von KollegInnen und vom Arbeitgeber spürt? Wenn der Druck groß ist, ist man gezwungen, „freiwillig“ mehr zu arbeiten. Zudem könnte dieses Recht dazu führen, dass Anfechtungen bei Kündigungen häufiger werden.

Selbst Beamte dürfen so lange arbeiten...

Stimmt. Aber BeamtInnen sind besser geschützt als die meisten anderen Beschäftigten, etwa vor Kündigungen. Außerdem haben BeamtInnen das Recht auf eine sechste Urlaubswoche ab dem 43. Lebensjahr.

In der Industrie gibt es auch 12-Stunden-Schichten...

Stimmt. Aber das ist nur maximal acht Wochen am Stück möglich. Außerdem gibt es dort entsprechende Betriebsvereinbarungen und für die Mehrarbeit einen Mehrausgleich.

Wir haben ja eh eine Betriebsvereinbarung, die weiterhin gilt...

Diese Betriebsvereinbarungen, die zahlreiche Vorteile für ArbeitnehmerInnen enthalten, sind befristet. Mit dem neuen Gesetz ist keine Betriebsvereinbarung mehr notwendig.

Endlich gibt es die 4-Tage-Woche und mein Wochenende wird verlängert...

Schon seit über 20 Jahren ist die 4-Tage-Woche möglich. Dass sie so selten zur Anwendung kommt, liegt daran, dass diese Art von Zeiteinteilung von vielen Unternehmen nicht unterstützt wird.

Es sind nur ÖGB, Arbeiterkammer und SPÖ gegen den 12-Stunden-Tag...

Irrtum. Dagegen sind auch die Österreichische Bischofskonferenz, die Allianz für einen freien Sonntag der Katholischen Sozialakademie Österreichs (ksoe), der Katholische Familienverband Österreichs, der Behindertenrat und die Behindertenanwaltschaft, das Rote Kreuz, der Samariterbund, Greenpeace, der Alpenverein, der Österreichische Frauenring sowie Kulturinstitutionen wie die IG AutorInnen und der Kulturrat u. v. m.



Das Gesetz bringt doch nur eine kleine Änderung...

Das stimmt nicht. Bis jetzt konnte nur auf Grundlage einer Betriebsvereinbarung ausnahmsweise zwölf Stunden lang gearbeitet werden. Jetzt geschieht das auf Anweisung des Arbeitgebers. In Zukunft kommen die Beschäftigten unter Druck und müssen erklären, warum sie nach zehn Stunden „schon“ nach Hause gehen. Eine Vorankündigung für überlange Arbeitstage braucht es nicht. Auch die zulässige Zahl von Überstunden wurde massiv ausgeweitet. Deshalb haben die kleinen Änderungen große Wirkungen. Sie machen die Ausnahme zur Regel. Dazu kommt: Vieles ist im Gesetz unklar formuliert. Lange Rechtsstreitigkeiten werden die Folge sein.

Die Mehrheit der Bevölkerung will das so...

Umfragen zeigen, dass die Mehrheit der Bevölkerung keine überlangen Arbeitszeiten will.

SORGEN? KLICK UND WEG!



Demmer, Mericek & Bergmann

PAUL PECH EMPFIEHLT:
Jetzt Service-App downloaden.

wienerstaedtiche.at
IHRE SORGEN MÖCHTEN WIR HABEN


**WIENER
STÄDTISCHE**
VIENNA INSURANCE GROUP

Ende gut – fast alles gut

Gewerkschaft und Betriebsräte verhandeln erfolgreich Sozialplan für ehemalige Beschäftigte bei Windkomponentenfertigung.



© ÖGB Burgenland

ALS IM FRÜHJAHR dieses Jahres bekannt wurde, dass die Windkomponentenfertigung in Zurndorf (eine Enercon-Tochter) ihr Betonwerk, in dem die Betontürme für die Windräder gebaut wurden, schließt, brach für viele der Beschäftigten eine Welt zusammen. Fast 100 ArbeitnehmerInnen waren davon betroffen.

Sozialplan für 96 MitarbeiterInnen

„Aufgrund eines guten Sozialplans konnte der Schaden für die ehemaligen Beschäftigten der Windkomponenten-

fertigung in Zurndorf begrenzt werden. Außerdem ist es uns gelungen, einen Teil der Betroffenen in anderen Firmen unterzubringen“, erklärt der Landesgeschäftsführer der Gewerkschaft Bau-Holz Burgenland, Bernd Rehberger.

Das Ziel eines Sozialplans ist, von Firmenschließungen betroffene ArbeitnehmerInnen finanziell abzusichern, bis sie wieder Fuß am Arbeitsmarkt gefasst haben. Im Fall der Windkomponentenfertigung in Zurndorf ist das dem Betriebsrat gemeinsam mit der Gewerkschaft nach schwierigen Verhandlungen gelungen. Rehberger: „Das Werk wurde von der Geschäftsführung immer als Werk der Superlative bezeichnet. Wir wollten daher auch einen Sozialplan der Superlative, der die negativen Auswirkungen auf die Betroffenen abfedert.“ Die Betroffenen erhalten 1/12 ihres Jahreseinkommens. Je nach Firmenzugehörigkeit, Alter und der Anzahl der Kinder ergibt sich individuell ein Betrag, der – aufgrund der sozialen Staffelung – für jede/n Betroffene/n anders, aber fair ausfällt.

Auf neue Arbeitsplätze vermittelt

Erfolgreich war die Gewerkschaft auch bei der Vermittlung vieler Betroffener in andere Firmen in Niederösterreich und im Burgenland. „Aufgrund der guten Qualifikation und unserer gewerkschaftlichen Netzwerke zu anderen Firmen in dieser Branche ist es uns gelungen, für mehrere Kollegen eine neue Arbeitsstelle zu finden“, so Rehberger abschließend.

KOMMENTAR /// Erich Mauersics, Landesvorsitzender ÖGB Burgenland

12-STUNDEN-TAG: BURGENLANDS PENDLERINNEN BESONDERS BETROFFEN



© ÖGB Burgenland

Ab 1. September 2018 gelten in Österreich der 12-Stunden-Tag und die 60-Stunden-Woche. Möglich macht das ein neues Arbeitszeitgesetz, das im Juli mit den Stimmen der ÖVP, der FPÖ und der NEOS im Nationalrat beschlossen wurde. Dass die türkise Seite der Bundesregierung dem zugestimmt hat, ist noch halbwegs verständlich – steht sie doch ihren Wahlkampfspensoren aus der Industrie im Wort und muss Ergebnisse liefern.

Nicht ganz verständlich ist das Verhalten der „selbst ernannten“ Arbeiterpartei FPÖ, die dem Gesetz ebenfalls zustimmte und so die Lebensplanung der Menschen massiv negativ beeinflusst. Sie greift ins Geldbörse der Menschen, gefährdet die Gesundheit der Menschen und raubt ihnen die Zeit für Familie und Vereinstätigkeit.

Die Nachteile des neuen Arbeitszeitgesetzes für burgenländische PendlerInnen liegen klar auf der Hand: PendlerInnen werden künftig bis zu 14 Stunden täglich unterwegs sein. Das bedeutet, dass keine Zeit mehr bleibt,

sich in Vereinen oder bei der freiwilligen Feuerwehr zu engagieren. Auch die Kinderbetreuung wird eine Herausforderung, denn keine Einrichtung hat zwölf Stunden pro Tag geöffnet. Ein 12-Stunden-Tag für die Eltern bedeutet auch einen 12-Stunden-Tag für die Kinder. Ähnliche Probleme wird es geben, wenn man Angehörige pflegen muss.

Das Argument der Freiwilligkeit wird nicht zum Tragen kommen. Wer mehrmals ablehnt, wird Nachteile bei Beförderungen haben oder sich einen neuen Job suchen müssen.

Liste des Grauens

Österreich hat in vielen Bereichen bessere Standards als die EU-Richtlinien vorschreiben. Bundesregierung und Wirtschaftsvertreter wollen einige dieser Verbesserungen rückgängig machen und haben dazu eine Liste mit Gesetzen erstellt, die sie abändern wollen.

Im Juli ist die vermeintliche Gold-Plating-Liste an die Öffentlichkeit gelangt. Insgesamt 489 Punkte haben großteils Industriellenvereinigung (IV) und Wirtschaftskammer an die Bundesregierung gemeldet: 489 Gesetze, in denen europäische Vorgaben aus Sicht der Wirtschaft in Österreich übererfüllt werden (Gold-Plating) und die korrigiert werden sollten. ÖGB-Präsident Wolfgang Katzian erteilt diesem Vorhaben der Bundesregierung eine klare Absage. Betroffen sind beispielsweise bessere Regelungen für ArbeitnehmerInnen in den Bereichen Arbeitszeit, Urlaub, Mutterschutz, Sozialrechte, ArbeitnehmerInnenschutz, aber auch Umwelt- und KonsumentInnenschutz.

URLAUB

Als Beispiel für Gold-Plating hat die Wirtschaftskammer das Urlaubsgesetz aufgelistet. Denn die EU-Arbeitszeitrichtlinie sieht im Gegensatz zum österreichischen Gesetz nicht fünf, sondern nur vier Wochen bezahlten Mindesturlaub vor. Begründet wird dies mit „Mehrkosten; die Unternehmen sind verpflichtet, die Dienstnehmer trotz Abwesenheit zu bezahlen“.

LOHN- UND SOZIALDUMPING

Geht es nach der IV, soll auch die Bekämpfung von Lohn- und Sozialdumping gelockert werden. So soll nur noch bestraft werden, wer Mindestlöhne unterschreitet oder Überstunden nicht bezahlt. Für andere Teile des Entgelts, wie Urlaubs- und Weihnachtsgeld, Sonntagszuschläge oder Nachtzulagen, sollen Unternehmen nicht mehr extra bestraft werden.

INSOLVENZSCHUTZ

Wird der Arbeitgeber insolvent, ist das Entgelt der ArbeitnehmerInnen für die letzten sechs Monate vor der Insolvenzeröffnung gesichert. WKÖ und IV wollen nun eine Beschränkung auf drei Monate. Außerdem genüge laut Richtlinie eine Mindestauszahlung auf der „sozialen Schwelle“, während in Österreich bis zur doppelten Höchstbeitragsgrundlage ausbezahlt wird.

MUTTERSCHUTZ

In einem unbefristeten Arbeitsverhältnis dürfen Frauen in Österreich bis vier Monate nach der Entbindung des Kindes nicht gekündigt werden. Diese wichtige Absicherung für Frauen kritisieren die Wirtschaftsvertreter in ihrer Liste so: „unnötige Einschränkung des Kündigungsrechts erhöht die Personalkosten“. Auch hier bevorzugen sie die Vorgabe der EU-Richtlinie. Nach dieser sollen Kündigungen in „Ausnahmefällen“ möglich sein – etwa soll „im Rahmen einer Massentlassung“ auch für Schwangere und junge Mütter kein besonderer Schutz gelten.

ARBEITSZEIT

Auch die Ausdehnung der Arbeitszeit auf zwölf Stunden täglich und 60 Stunden wöchentlich scheint den Wirtschaftsvertretern noch zu wenig. Die EU-Arbeitszeitrichtlinie schreibe keine Höchstarbeitszeit, sondern nur eine Ruhezeit von elf aufeinanderfolgenden Stunden vor, was eine tägliche Arbeitszeit von 13 Stunden ermöglichen würde, vermerken sie in der erwähnten Liste. Einen weiteren Vorteil sieht die WKÖ darin, dass die EU-Richtlinie keine Regeln zur Vergütung – also für Zuschläge – vorsieht.



GOLD-PLATING – WUNSCHLISTE

Wer sich die gesamte Wunschliste von WKÖ und IV anschauen möchte, findet diese online unter <http://bit.ly/Goldplating> zum Download.

© 123ft.com

SCHAU GENAU!

Nach dem Ferienjob freuen sich viele SchülerInnen und Studierende aufs verdiente Geld. Ein genauer Blick auf den Lohn- oder Gehaltszettel zahlt sich aus.

BEIM FERIENJOB SIND junge Menschen normale ArbeitnehmerInnen mit befristetem Dienstverhältnis. Bei der Abrechnung kommt es aber oft zu Ungereimtheiten. Denn Entlohnung nach Kollektivvertrag, anteilmäßiges Urlaubs- und Weihnachtsgeld, Urlaub und Vergütung der Überstunden stehen FerienjobberInnen ebenso zu wie anderen ArbeitnehmerInnen.

Nicht konsumierter Urlaub – das sind circa zwei Tage pro Monat – muss ausbezahlt werden. Auch anteilmäßiges Urlaubs- und Weihnachtsgeld stehen FerienjobberInnen zu. Finden sich diese Beträge nicht auf dem Lohn- oder Gehaltszettel, können diese Ansprüche im Nachhinein mithilfe der Gewerkschaft geltend gemacht werden. Nicht vergessen: Wer, wie beim Ferienjob im Sommer, nicht das ganze Jahr

arbeitet, zahlt zu viel Lohnsteuer. Diese wird über den Lohn oder das Gehalt abgeführt. Da die Steuergrenze bei ein oder zwei Monaten nicht erreicht wird, kann man sich die Lohnsteuer mit der ArbeitnehmerInnenveranlagung (Steuerausgleich) im Folgejahr zurückholen.

GPA-djp rechnet nach

Als Gewerkschaftsmitglied sind Sie auf der sicheren Seite: Die GPA-djp unterstützt, rechnet nach und fordert ausständige Zahlungen beim Arbeitgeber ein.

jugend@gpa-djp.at
Tel.: 05/03 01-21510
www.ferienjob.or.at



© 123rf.com

6.070 STELLTEN ANTRAG AUF PAPAMONAT

Rechtsanspruch auf Papamonat ist notwendig, um Väterbeteiligung zu erhöhen.



© 123rf.com

6.070 ÖSTERREICHER haben seit der Einführung einen Antrag auf einen Papamonat („Familienzeitbonus“) gestellt. Besonders beliebt ist dieser in Oberösterreich, Niederösterreich und

Wien. Das zeigen die Daten zum Familienzeitbonus, die Ministerin Juliane Bogner-Strauß (ÖVP) in der Beantwortung einer parlamentarischen Anfrage der NEOS anführt.

Branchengefälle

Ein deutliches Gefälle zeigt sich bei den Berufsgruppen: 60 Prozent aller Anträge stammen von Angestellten. Auch Arbeiter (20 Prozent) und Vertragsbedienstete (zwölf Prozent) wollten den Papamonat in Anspruch nehmen. Bei den Beamten stellten immerhin noch 324 Personen (fünf Prozent) einen Antrag. Selbstständige haben den Papamonat 124 Mal beantragt, damit machen sie zwei Prozent aller Anträge aus.

Der Familienzeitbonus wurde mit 1. März 2017 eingeführt. Väter können 31 Tage zu Hause bleiben und 700 Euro Kindergeld beziehen, sofern der Arbeitgeber zustimmt. „Der Papamonat ist ein wichtiges Instrument für mehr Gleichstellung und führt dazu, dass sich Väter verstärkt der Kinderbetreuung widmen“, betont Korinna Schumann, ÖGB-Vizepräsidentin und Frauenvorsitzende. Die ÖGB-Frauen fordern daher einen Rechtsanspruch auf den Papamonat mit arbeits- und sozialrechtlicher Absicherung ohne Lohnkürzungen. „Es gibt viele engagierte Väter, die sich um ihre Kinder kümmern wollen. Vom guten Willen des Chefs abhängig zu sein, macht das für sie nicht gerade einfacher.“

BAUSTELLE KINDERBETREUUNG

Die Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben hängt stark von der Kinderbetreuung ab. Ein Ausbau der flächendeckenden Kinderbildungseinrichtungen ist dringend notwendig.



Viele Eltern haben große Schwierigkeiten, ihren Beruf und das Privatleben unter einen Hut zu bekommen. Ganz besonders davon betroffen sind AlleinerzieherInnen. Nur zehn Prozent der Kinderbildungseinrichtungen in Österreich haben laut aktueller Kindertagesheimstatistik länger als zwölf Stunden geöffnet. Rechnet man Wien nicht dazu, bleibt nur noch ein Prozent übrig. Knapp die Hälfte aller Betreuungseinrichtungen (ohne Wien) schließt bereits um 15 Uhr. Im Schnitt sind Österreichs Kindergärten an 21 Tagen im Jahr geschlossen, Schlusslicht ist das Burgenland mit 36 Tagen, in Wien sind es rund fünf Tage. Bei den unter Dreijährigen beträgt die Betreuungsquote 26,1 Prozent. Damit hat nur jedes vierte Kinder unter drei Jahren einen Betreuungsplatz. Österreich ist daher weit entfernt vom Barcelona-Ziel - eine Betreuungsquote von 33 Prozent.

Auch wenn in den vergangenen Jahren wichtige Impulse gesetzt wurden, gibt es in Sachen Kinderbetreuung noch viel zu tun. Die großen Unterschiede zwischen dem Kinderbetreuungsangebot in Ballungszentren und im ländlichen Raum dürfen nicht länger akzeptiert werden.

Für die ÖGB-Frauen ist klar: Eltern brauchen geeignete Rahmenbedingungen, Planbarkeit und Struktur, um den Spagat zwischen Beruf und Privat besser bewältigen zu können. Sie fordern einen Rechtsanspruch auf ein ganztägiges, ganzjähriges, flächendeckendes, leistbares und vor allem qualitativ hochwertiges Kinderbildungsangebot für jedes Kind ab dem 1. Lebensjahr bis zum Schuleintritt und einen raschen Ausbau der Kinderbildungseinrichtungen.

Mehr Informationen www.oegb.at/frauen.



FUSSBALL

EIN VIERTEL DER VEREINE ZAHLTE 2017/2018 NICHT PÜNKTLICH.

Die Vereinigung der Fußballer, eine Fachgruppe der younion_Die Daseinsgewerkschaft, führt bei ihren Besuchen eine Umfrage zu den Arbeitsbedingungen bei den Bundesliga-Teams durch. Zu sieben Fragen nehmen die Spieler per Punktwertung Stellung. In puncto pünktlicher Zahlung gab es bei fünf Teams nicht die volle Punkteanzahl. Nach wie vor scheint es auch Aufholbedarf in der medizinischen Betreuung zu geben. Alle Ergebnisse: <https://bit.ly/2Llqp66>



EQUAL PENSION DAY

FRAUEN BEKOMMEN 42 PROZENT WENIGER PENSION.

Am 28. Juli fand der „Equal Pension Day 2018“ in Österreich statt. Dieser verdeutlicht die hohen Pensionsunterschiede zwischen den Geschlechtern. Im Schnitt bekommen Frauen 42 Prozent weniger Pension. Um gegen die Ungleichheit vorzugehen, fordern die ÖGB-Frauen einen Ausbau der Kinderbildungseinrichtungen, ein Lohntransparenzgesetz und die volle Anrechnung der Elternkarenzen. Von der Regierung erwarten sie sich mehr Tempo bei der Frauenpolitik.



MEHR URLAUB

AK FORDERT GERECHTERE ERREICHBARKEIT DER SECHSTEN URLAUBSWOCHES.

Die sechste Urlaubswoche steht seit 1984 im Gesetz. Aber viele ArbeitnehmerInnen erreichen sie nie: Frauen, die in Karenz gingen, ArbeitnehmerInnen in Branchen, in denen kurze Arbeitsverhältnisse überwiegen (wie etwa LeiharbeiterInnen), oder FacharbeiterInnen, die im Zuge einer Insolvenz ihre Arbeit verloren haben. Die Arbeiterkammer fordert daher eine gerechtere Erreichbarkeit der sechsten Urlaubswoche. Mehr Infos: <https://bit.ly/2uOAP9N>.

Starker Partner in der Arbeitswelt

ArbeitnehmerInnen können sich auf die Arbeiterkammer verlassen, wenn es darum geht, ihre Rechte durchzusetzen.



UNERMÜDLICH STEHT DIE Arbeiterkammer Niederösterreich tagtäglich für ihre Mitglieder im Einsatz. Die Palette ist dabei unglaublich groß: Probleme am Arbeitsplatz, Fragen der Aus- und Weiterbildung, KonsumentInnenschutz oder Jugendthemen. Allein im Arbeits- und Sozialrecht wandte sich zuletzt mehr als jeder/jede vierte ArbeitnehmerIn an die AK Niederösterreich. „Es gibt viel zu tun, denn die Probleme am Arbeitsplatz sind vielfältig und beschäftigen unsere Landsleute“, so AK-Niederösterreich-Präsident und ÖGB-NÖ-Vorsitzender Markus Wieser.

Aus dem (Arbeits-)Alltag

Was den Betroffenen dabei oftmals alles widerfährt, zeigt ein kurzer Überblick über drei aktuelle Fälle.

So wurden kürzlich für einen 47-jährigen aus dem Zentralraum 30.000 Euro erkämpft. Sein Arbeitgeber hatte ihn ein halbes Jahr lang nur unregelmäßig bezahlt, obwohl er zunächst sogar auf Gehalt verzichtet und eine Stundung gewährt hatte. Er hatte sei-

nem Chef vertraut, der ihm versicherte, alles werde nachgezahlt. Das passierte nicht, ganz im Gegenteil: Der Betroffene wurde gekündigt, die Firma zahlte gar nichts mehr. „Wir sind deshalb für den Arbeitnehmer bis vor Gericht gegangen. Durch unsere Hilfe kam der Betroffene zu seinem Recht“, so Wieser.

Mehr als 800 Plusstunden auf dem Zeitkonto verzeichnete ein Beschäftigter, als sein Arbeitgeber, eine Firma im Großraum St. Pölten, Konkurs anmelden musste. Für den Betroffenen wurden die offenen Forderungen, darunter auch ausgebliebene Löhne und Sonderzahlungen, beim Insolvenz-Entgelt-Fonds angemeldet – mehr als 63.000 Euro. Durch die Hilfe der AK kam der Mann zu seinem Geld.

Übel mitgespielt wurde indes einer 32-jährigen Bäckereiangestellten, die von ihrem (Ex-)Chef kurz nach Bekanntgabe ihrer Schwangerschaft zu Unrecht entlassen und danach auch noch des Diebstahls bezichtigt wurde. Rasch stellte sich heraus, dass das völlig aus der Luft gegriffen war. Hier ging es offenbar um etwas ganz anderes. Man wollte die Mitarbeiterin „loswerden“, um sie in der Karenz nicht weiter beschäftigen bzw. bezahlen zu müssen. Der Fall landete vor dem Arbeits- und Sozialgericht, der Betroffenen wurden in weiterer Folge 10.000 Euro überwiesen.

„Eines muss hier deutlich gemacht werden: Das ist Geld, das den Betroffenen zusteht. Und sie können sich auf uns verlassen, wenn es darum geht, ihre Rechte durchzusetzen. Wir sind der starke Partner der ArbeitnehmerInnen“, betont Wieser.

KOMMENTAR /// Christian Farthofer,
ÖGB-Landessekretär Niederösterreich

SPEED KILLS!



Ein Ausdruck geistert wieder durch das Land, den wir noch von der ersten schwarz-blauen Bundesregierung unter Schüssel und Haider kennen: „Speed kills“. Das heißt so viel wie, wir peitschen Gesetze durch und suchen erst gar nicht das Gespräch mit den Betroffenen oder der Sozialpartnerschaft. Konkretes Beispiel ist die überfallsartige Umsetzung der 60-Stunden-Woche, des 12-Stunden-Tages. Obwohl über 100.000 KollegInnen in Wien dagegen demonstrierten und der ÖGB die Hand zum Dialog ausstreckte, wurde diese weggeschlagen und die Einführung dieses unsozialen Gesetzes sogar auf den 1. September dieses Jahres vorgezogen.

Eine parlamentarische Begutachtung gab es nicht, auch keine durch die Sozialpartner, NGOs, ArbeitsrechtlerInnen oder ArbeitsmedizinerInnen. Das hat natürlich einen speziellen Grund: Ausnahmslos alle haben sich gegen die Einführung eines 12-Stunden-Tages ausgesprochen. Die einzigen Befürworter waren Industriekonzerne und die WKÖ. Besonders bezeichnend waren die Argumente für die Einführung, die von den beiden Regierungsparteien ÖVP und FPÖ kamen. Es würde sich nichts ändern, aber alles wäre für alle besser. Damit hätten sie die berühmte eierlegende Wollmilchsau erfunden. Die Bevölkerung weiß natürlich, dass das nicht stimmt. Darum ziehen Kurz und Strache die Mehrbelastung für ArbeitnehmerInnen im Eiltempo durch und hoffen, dass es bald vergessen sein wird. Nur so wird es nicht kommen. Zum einen vergisst niemand, der 17 Wochen durchgehend 60 Stunden arbeiten muss, wem er/sie das zu verdanken hat, und zum anderen werden wir als ÖGB ab 1. September alles dafür tun, dass dieses Gesetz bald wieder Geschichte ist.



© 123rf.com

„Husch-Pfusch-Gesetz“ gefährdet Gesundheitsversorgung

Wie bei der Verlängerung der Höchstarbeitszeiten klaffen bei der Bundesregierung auch in Sachen Sozialversicherung Ankündigungen und Umsetzungen weit auseinander. Angekündigt wird eine effizientere Gesundheitsversorgung, gleichzeitig drohen mit der gesetzlichen Ausgabenbremse aber Verschlechterungen, weil zentrale Projekte gestoppt werden müssen. Der Widerstand ist groß, auch der ÖGB fordert die Rücknahme des „Husch-Pfusch-Gesetzes“.

DIE GEPLANTE (UMSTRITTENE) Zusammenlegung der Sozialversicherungsträger und vor allem die Sparpläne für die AUVA sorgen seit Monaten für Unmut unter PatientInnen und Beschäftigten sowie für heftige Diskussionen. Die gesetzliche Ausgabenbremse für die Sozialversicherung, die der Nationalrat mit den Stimmen von ÖVP und FPÖ völlig überraschend am 5. Juli beschlossen hat, trägt nicht zur Beruhigung der Situation bei: Wichtige Bauvorhaben müssen gestoppt werden, es darf kein Personal aufgenommen werden. „Das wird sich natürlich auf die Versorgung auswirken“, kritisierte ÖGB-Präsident Wolfgang Katzian in einer gemeinsamen Pressekonferenz mit Ärztekammer-Präsident Thomas Szekeres und dem Vorsitzenden des Hauptverbandes der Sozialversicherungen, Alexander Biach. „Der ÖGB setzt sich dafür ein, dass der medizinische Fortschritt allen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern zur Verfügung steht, unabhängig von ihrem Einkommen und sozialem Status. Die Vorgangsweise der Bundesregierung hilft nicht, dieses Ziel zu erreichen.“

33 Projekte gestoppt

Zukunftsprojekte seien in Gefahr, denn Kostensenkung gehe scheinbar der Versorgungsqualität vor, so Katzian, der



© Richard Tanzer

Wolfgang Katzian, Thomas Szekeres und Alexander Biach

die Umsetzung der Gesundheitsreform und den Ausbau der Primärversorgungszentren gefährdet sieht. Die Ausgabenbremse bedeutet den Stopp von 33 vereinbarten Projekten in Österreich, darunter zum Beispiel das Eltern-Kind-

»Medizinischer Fortschritt muss allen ArbeitnehmerInnen zur Verfügung stehen, unabhängig von ihrem Einkommen und sozialem Status.«

ÖGB-Präsident Wolfgang Katzian

Therapiezentrum in Bad Ischl, der Ausbau des Zahngesundheitszentrums in Linz oder der Ausbau der Wundversorgung und der Schmerzzentren in Linz. Insgesamt geht es um Bauprojekte im Ausmaß von 400 Millionen Euro. Dieses

Gesetz macht jede solide Planung unmöglich, es verunsichert PatientInnen und Beschäftigte gleichermaßen. Auch namhafte Juristen haben bereits Bedenken gegen diesen verfassungsrechtlich unzulässigen Eingriff in den laufenden Betrieb geäußert, der ein rechtliches Nachspiel haben könnte. Eine Verfassungsklage steht bereits im Raum.

Konstruktiver Dialog gefragt

Gewerkschaften haben schon vor Monaten die Kampagne „Mein Herz für ein soziales Österreich“ gestartet, um die Versicherten darüber zu informieren, welche Konsequenzen die Pläne der Bundesregierung haben, und um die Beschäftigten zu unterstützen (herzfuersozaiales.at). „Unser Sozialsystem mit all seinen Leistungen ist zu wertvoll für ein Husch-Pfusch-Gesetz, mit dem es bewusst an die Wand gefahren werden soll“, so Katzian. „Die schwarz-blauen Vorhaben gefährden die Gesundheit und damit das gute Leben der ArbeitnehmerInnen. Wir laden noch einmal zum konstruktiven Dialog für eine starke Sozialversicherung und Selbstverwaltung. Einen verfassungsrechtlich bedenklichen Eingriff in die Versichertenrechte werden wir sicher nicht widerspruchslos akzeptieren!“

GESPRÄCHSFÄHIG UND KONTAKTFREUDIG

BERUF(UNG): JUGENDVERTRAUENSRÄTIN

„Kontaktfreudig sein und sich nicht vor Gesprächen mit KollegInnen und Vorgesetzten scheuen“, nennt Victoria Schwarz die Grundvoraussetzungen für die erfolgreiche Tätigkeit als Jugendvertrauensrätin (JVR). Sie macht derzeit die Lehre als Karosseriebautechnikerin in einem großen Autozulieferbetrieb in der Nähe von Graz. Rund 200 Lehrlinge, davon ein Viertel junge Frauen, vertritt sie als Vorsitzende des Jugendvertrauensrates. Als im August 2017 die Neuwahlen zum JVR anstanden, war es für sie klar, dass sie sich der Wahl stellt. Schwarz: „Ich habe mich vorher schon engagiert, mich kannten die meisten Lehrlinge und ich verstehe mich mit ihnen sehr gut.“ Der Vorteil des JVR liegt für Schwarz klar auf der Hand: „Meine Chefs sind jedenfalls froh, dass ich mit den gesammel-

ten Anliegen der Lehrlinge zu ihnen komme. Sie hätten nie die Zeit, mit jeder und jedem Einzelnen lange zu reden.“ Zeitintensive Gespräche sind für die engagierte Gewerkschafterin manchmal notwendig, wenn es beispielsweise um die Ursache für das eine oder andere Fehlverhalten eines Lehrlings geht. Sie hat auch gleich ein Beispiel parat: „Ein Lehrling kam immer wieder zu spät, bei der Arbeit wirkte er oft abwesend und blieb auch manchmal unentschuldigt fern. Im Gespräch vertraute er sich mir an. Er hatte Krach mit seiner Freundin und Streit mit den Eltern.“ Gemeinsam mit dem Chef wurde eine Lösung gefunden und er kann die Lehre nun fertig machen. Schwarz: „Jemandem älteren hätte er sich nie anvertraut und er wäre heute möglicherweise ein Lehrabbrecher.“

DAS OUTLET PARNDORF IST DAS EINKAUFSPARADIES IM BURGENLAND.

Die Geschäfte haben von Montag bis Donnerstag von 9.30 bis 20 Uhr geöffnet. Freitag wird erst um 21 Uhr zugesperrt und Samstag haben die KundInnen Gelegenheit, von 9 bis 18 Uhr einzukaufen.

Nun sollen die Öffnungszeiten auch von Montag bis Donnerstag bis 21 Uhr verlängert werden.

Zumindest wurde bei der Bezirkshauptmannschaft Neusiedl ein Antrag dazu gestellt. Rein rechtlich ist das möglich, weil das Bundes-Öffnungszeitengesetz aus dem Jahr 2008 die Möglichkeit gibt, 72 Stunden pro Kalenderwoche offen zu halten.

„Schon jetzt hält sich der Kundenansturm kurz vor 20 Uhr in Grenzen. Gerüchten zufolge werden die Beschäftigten des Outlets Parndorf künftig aber trotzdem eine Stunde länger auf Kunden warten müssen“, kritisiert ÖGB-Landesvorsitzender Erich Mauersics.

Verschlechterung der Arbeitsbedingungen

Für den ÖGB Burgenland ist klar, dass die Ausweitung bis 21 Uhr von Montag bis Donnerstag für die Beschäftigten des Outlets Parndorf eine massive Verschlechterung der Arbeitsbedingungen bedeutet. Mit der Ausweitung der Öffnungszeiten werden nämlich keinesfalls die Rahmenbedingungen bezüglich öffentliche Verkehrsanbindung oder Kinderbetreuung angepasst. Betroffen davon seien vor allem Frauen, heißt es vom ÖGB.

Eine Petition im Internet gegen die Ausweitung der Öffnungszeiten – initiiert von Beschäftigten des Outlets Parndorf – haben bisher fast 2.000 unterschrieben.

Der ÖGB Neusiedl hat eine Informationsoffensive bei den Beschäftigten gestartet und klärt sie über Ansprüche und Rechte auf, wenn sie bis 21 Uhr arbeiten müssen. Informationen für Betroffene gibt es unter 02167/87 12 oder johann.tesarek@oegb.at.

ARSEN UND SPITZENHÄUBCHEN



© ÖGB Burgenland

RUND 200 KULTURINTERESSIERTE nahmen heuer das Angebot der youni-

on Burgenland an und besuchten die Schloss-Spiele Kobersdorf. „Gespielt wurde die Komödie ‚Arsen und Spitzenhäubchen‘. Sowohl das Stück als auch die Schauspieler haben unsere Mitglieder – trotz einsetzenden Regens – begeistert“, freut sich Dietmar Ferstl, Stellvertretender Vorsitzender der youunion Burgenland. Beim Kulturabend der youunion Burgenland bekommen Mitglieder und ihre Angehörigen im Sommer Kulturgenuß zu leistbaren Preisen angeboten.

200 AKTIONEN, 10.000 AUSGEFÜLLTE FRAGEBÖGEN, 2.000 ONLINE-KONTAKTE

VON ANFANG MÄRZ bis Ende Mai hieß es „Wie soll Arbeit?“. Bei der großen Dialoginitiative von ÖGB und AK konnten Burgenlands ArbeitnehmerInnen mitreden und mitbestimmen. Die Ergebnisse wurden in ein Zukunftsprogramm gegossen und weisen der Arbeiterkammer den Weg in die nächsten Jahre.

Die Ergebnisse im Detail

Mehr als zwölf Prozent der burgenländischen ArbeitnehmerInnen haben sich an der Dialoginitiative beteiligt. Über 200 verschiedene Dialog-Aktionen wie

Betriebsbesuche, Straßenaktionen sowie Groß- und Fachveranstaltungen wurden von ÖGB und AK durchgeführt. 12.124 Menschen beantworteten die Fragen zu den sieben politischen Themen und sechs AK-Leistungen schriftlich. 10.038 taten das, indem sie einen Papierfragebogen ausfüllten, 2.086 taten online ihre Meinung kund. Ausgewertet wurden die Ergebnisse vom Meinungsforschungsinstitut IFES. Für 95 Prozent soll ein 12-Stunden-Tag die Ausnahme bleiben, 98 Prozent ist gleicher Lohn für gleiche Arbeit ein Anliegen.

HÖCHSTE AUSZEICHNUNG DES ÖGB



© ÖGB Burgenland

FÜR SEINE BESONDEREN Verdienste um die Gewerkschaftsbewegung und den wirtschaftlichen und sozialen Aufstieg der ArbeitnehmerInnen verlieh der ÖGB im Rahmen des Bundeskongresses dem früheren Landesvorsitzenden der PRO-GE Burgenland, Kurt Genser, die höchste Auszeichnung der Gewerkschaftsbewegung: die Johann-Böhm-Plakette. Kurt Genser, geboren 1956, begann 1993 sein Engagement im Betriebsrat der Firma Delphi Packard Austria in Großpetersdorf, zu dessen Vorsitzenden er 1997 aufstieg. Zwischen 2006 und 2018 bekleidete der Wörterberger das Amt des PRO-GE-Landesvorsitzenden.

DAUERBRENNER ÜBERSTUNDEN

Gar nicht oder nicht korrekt bezahlte Überstunden gehören zu den häufigsten Problemen, mit denen die ExpertInnen der Arbeiterkammer (AK) konfrontiert werden. In den meisten Fällen kann die AK für die Betroffenen eine Nachzahlung erreichen, wie die drei angeführten Beispiele zeigen. Mit den geplanten Gesetzesänderungen ab 1. September – Stichwort 12-Stunden-Tag – erwartet die AK noch mehr Überstunden-Fälle.

Kellnerin mit Almosen abgespeist



© 123rf.com (Symbolbild)

Sylvia L. war als Kellnerin in einem Sportstüberl beschäftigt. Tatsächlich übernahm sie aber fast alle anfallenden Tätigkeiten, auch die Zubereitung von Speisen. Angemeldet war sie zunächst auf Teilzeitbasis: Anfangs vier

Stunden, später wurde die Dienstzeit auf acht Stunden angehoben. Ihr Arbeitstag begann um elf Uhr und dauerte dann – je nach Spielbetrieb – oft bis 22 Uhr. Bezahlt wurde ihr eine Pauschale von 500 Euro, diese wurde später auf 800 Euro erhöht. Wegen zahlloser unbezahlter Überstunden wandte sich Sylvia L. an die AK-Rechtsberatung.

Im Zuge der Beratung und Durchsicht der Aufzeichnungen stellte sich heraus, dass der Betroffenen nicht nur zahllose Überstunden nicht bezahlt wurden, sondern dass sie auch nicht kollektivvertraglich entlohnt wurde. Das AK-Team machte Überstunden, Sonderzahlungen sowie Urlaubersatzleistungen geltend. Das Oberlandesgericht Linz gab der Arbeiterkammer Recht, insgesamt bekommt Sylvia L. nun 38.000 Euro.

Ohne die AK wäre die Arbeitnehmerin um diesen Geldbetrag umgefallen. Denn einen Anwalt hätte sie sich nicht leisten können.

Überstunden mit Unterbezahlung



Ein Lehrling (19) leistete 200 Überstunden. Diese bekam er aber nicht so bezahlt, wie es das Gesetz vorsieht: Statt 22 erhielt der angehende Kälteanlagen-techniker nur vier Euro Zuschlag pro Überstunde. Aber das war noch nicht alles – sein Lehrherr zog ihm die Internatskosten zur Gänze ab. Auch das ist rechtlich nicht



DAS SOLLTEN SIE AUCH WISSEN:

- Wenn Lehrlinge das 18. Lebensjahr vollendet haben, gelten die gleichen Bestimmungen wie für Erwachsene (etwa bei der Arbeitszeit). Bei der Berechnung der Überstundenentlohnung ist daher der niedrigste im Betrieb vereinbarte Facharbeiterlohn bzw. Angestelltengehalt heranzuziehen.
- Seit 1. Jänner 2018 gilt: Der oder die Lehrberechtigte muss die Internatskosten tragen, kann aber einen Ersatz dieser Kosten bei der zuständigen Lehrlingsstelle beantragen. Das heißt für Lehrlinge: Keine Kosten mehr!

okay, da laut Kollektivvertrag Lehrlingen nach Abzug der Internatskosten noch 60 Prozent der Lehrlingsentschädigung übrig bleiben müssen. Der junge Mann wandte sich an die AK.

Die AK-Experten prüften die Angaben und halfen dem Lehrling, die berechtigten Forderungen an den Arbeitgeber zu formulieren. Mit Erfolg: Er erhielt von seinem Chef über 5.000 Euro an vorenthaltenen Überstundenzuschlägen und zu viel berechneten Internatskosten zurück.

Unbezahlte Überstunden



Drei Jahre arbeitete Stavros C. bei einem Transportunternehmen. Die Firma lief gut, es gab viel zu tun. Stavros wurde von seinem Chef immer wieder aufgefordert, Überstunden zu machen. Monatlich kam er auf 50 Überstunden. Bezahlt wurden diese allerdings nicht. Der Arbeiter sprach seinen Chef darauf an und forderte eine faire Entlohnung. Dieser blockte ab und als Stavros androhte, sich wehren zu wollen, kündigte ihn sein Chef.

Stavros ging mit Unterstützung der AK vor Gericht und erkämpfte dort den offenen Lohn, ausstehende Sonderzahlungen, nicht verbrauchten Urlaub, einen großen Teil der Überstunden und eine Kündigungsentschädigung. Rund 5.000 Euro bekam er nachbezahlt.

TIPPS

- ♦ Arbeitszeiten aufschreiben. Hilfreich ist dabei der AK-Zeitspeicher: www.ak-zeitspeicher.at
- ♦ Offene Ansprüche müssen sofort eingefordert werden, da in vielen Fällen kurze Verfallsfristen gelten.
- ♦ Keine Verzichtserklärungen unterschreiben!

Mehr Informationen: www.arbeiterkammer.at, www.oegb.at, www.oegj.at

Region Niederösterreich Ost gegen 12-Stunden-Tag



In der ÖGB-Region NÖ Ost brodelt es. In vielen Betrieben wurden den Juli über konzernweite Betriebsversammlungen durchgeführt, an denen sich Hunderte KollegInnen beteiligten. Ob nun in der OMV, bei Air Liquide oder Borealis – überall war der Tenor klar: der 12-Stunden-Tag und die 60-Stunden-Woche sind eine kalte, unsoziale Politik der Bundesregierung. Die Ausschaltung der Betriebsratskörperschaften und damit eine Aushöhlung der betrieblichen Mitbestimmung werden entschieden abgelehnt.

Stadtspaziergang



Ein Stadtspaziergang wurde organisiert, um auf den 12-Stunden-Tag und die 60-Stunden-Woche aufmerksam zu machen. Ziel der Aktion war die Bundesregierung, die man direkt mit den Betroffenen konfrontieren wollte. Gerade in der Region Niederösterreich Ost, die die am stärksten wachsende von ganz Niederösterreich ist, würde die Ausweitung der Arbeitszeit zu enormen Problemen bei der Kinderbetreuung führen. Das ist ein Beispiel von vielen, warum wir dieses Drüberfahren in einer so wichtigen gesellschaftspolitischen Frage ablehnen.



© alle Fotos: Christoph Baumgarten

Wir waren dabei!

ALS AM 30. JUNI MEHR ALS 100.000 DemonstrantInnen nach Wien kamen, um gegen den 12-Stunden-Tag und die 60-Stunden-Woche zu demonstrieren, war auch Niederösterreich mit vielen Tausend TeilnehmerInnen vertreten. Man reiste in Bussen aus Betrieben und Regionen an oder kam mit dem Zug. An die Spitze der Demonstration stellte sich ÖGB-NÖ-Vorsitzender und AK-Niederösterreich-Präsident Markus

Wieser. „Wir werden ganz entschieden gegen dieses unsoziale und gesundheitsgefährdende Gesetz vorgehen. Vor allem Frauen werden zu den VerliererInnen zählen, da gerade in Niederösterreich die ganztägige kostenlose Kinderbetreuung nicht existent ist.

Das heißt, man arbeitet länger und es bleibt weniger im Geldbörstel der Frauen. Das kann es einfach nicht sein.“



Die „Besten“ für Freizeit und Wandern für Mann und Frau

Neu für Sie zum Kennenlernen: bis zu € 77,- Ersparnis-Vorteil!



Dachstein-Trekking Schuh, niedrig

Für Sie und Ihn!

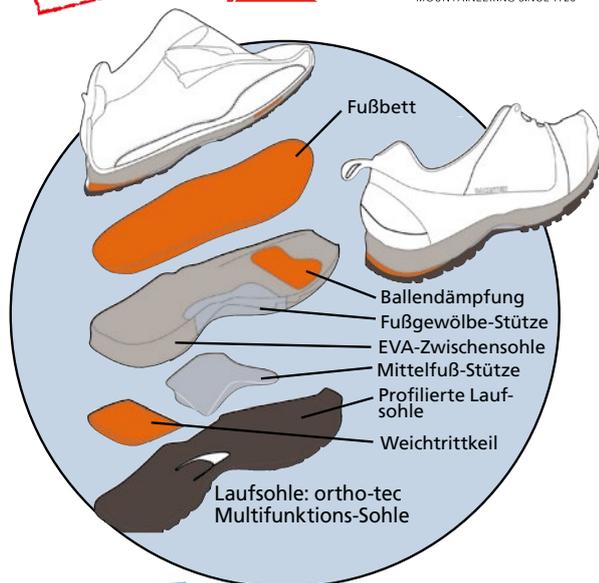
UVP*-Preis 129,-
Personalshop-Preis 69,99

BESTPREIS

€ **55.99**

Sie sparen € 73,01 gegenüber dem UVP*

IHR PREIS-VORTEIL **56%**



Dachstein-Trekking Schuh, hoch

UVP*-Preis 149,-
Personalshop-Preis 89,99

BESTPREIS

€ **71.99**

Sie sparen € 77,01 gegenüber dem UVP*

IHR PREIS-VORTEIL **51%**

Produktinfo

- Obermaterial: atmungsaktives Mesh mit Stütz- und Führungselementen aus PU
- Wasserabweisendes DryDS-System
- TPU 3-D Zehenkappe
- Innen: atmungsaktives Textilfutter
- Fußbett: orthopädisch geformte Einlage
- Sohle: ortho-tec Multifunktions-Sohle



Die speziell von Dachstein in Zusammenarbeit mit Orthopäden entwickelte „ortho-tec Sohlen-Technologie“ reduziert den Aufprall bei jedem Tritt. Der spezielle Sohlenaufbau entlastet die Gelenke und schont die Wirbelsäule.

Für empfindliche Füße bietet die TPU 3-D Zehenkappe, das wasserabweisende DryDS-System und die orthopädisch geformte Einlegesohle perfekten Schutz.

Gleich bestellen! Sie erhalten Ihre Dachstein-Schuhe für 30 Tage zum Kennenlernen mit Rückgaberecht.

- Größen**
- 37 38 39 40 41 42 43 44 45 46

Bestellen leicht gemacht! **0 512/ 34 33 44**
FAX 0 512 / 34 33 44-400

BESTELLSCHEIN A30024 mit 30 Tage Rückgaberecht

www.personalshop.com

Um sich im Shop anzumelden, verwenden Sie bitte diesen PIN-Code! (1 Monat gültig) Ihr PIN-Code ist gleichzeitig Ihr Gutscheincode. Beim Einlösen des Gutscheines im Warenkorb wird Ihr Rabatt abgebogen.

A30024 **SEHR GUT 4.66/5.00**
Stand: 07/2018, 21.877 Bewertungen



Zur 360° Ansicht der Schuhe! ←

Widerrufsrecht: Sie haben das Recht, 14 Tage lang ohne Angabe von Gründen diesen Vertrag gegenüber der Servus Handels- und Verlags-GmbH schriftlich, telefonisch, per Fax oder per E-Mail an A-6020 Innsbruck, Gärberbach 9, Tel: 0512 / 34 33 44, Fax: 0512 / 34 33 44-400, office@personalshop.com, zu widerrufen. Die Widerrufsfrist beginnt ab dem Tag, an dem Sie die Waren in Besitz genommen haben. Senden Sie uns die Ware spätestens 14 Tage nach Ihrem Widerruf zurück. Wir gewähren Ihnen neben dem gesetzlichen Widerrufsrecht eine freiwillige Rückgabegarantie von insgesamt 30 Tagen ab Erhalt der Ware, sofern die Ware sich in ungebrauchtem und unbeschädigtem Zustand befindet.

5-Sterne-Personalshop-Garantie

- ★ 2 Jahre Garantie ohne „Wenn und Aber“
- ★ Schnelle Lieferung
- ★ Höchster Qualitätsstandard
- ★ Bestpreis-Garantie
- ★ 30-tägiges Umtausch- und Rückgaberecht**

Gleich einsenden an:
Servus Handels- und Verlags-Gesellschaft m.b.H.
Postfach 2, A-6050 Hall in Tirol

Menge	Art.-Nr.	Größe	Artikelbezeichnung	UVP*	Personalshop-Preis	BEST-PREIS
	62.166.118		Dachstein Trekking Schuh niedrig	€ 129,-	€ 69,99	€ 55,99
	62.166.129		Dachstein Trekking Schuh hoch	€ 149,-	€ 89,99	€ 71,99

Absender (Bitte deutlich ausfüllen): Frau Herr Bearbeitungs- und Versandkostenanteil € 5,90

Name, Vorname: _____

Straße / Nr.: _____

PLZ / Ort: _____

Geburtsdatum: _____ E-Mail: _____

* Stappreise beziehen sich auf Hersteller-Listenpreise oder unverbindliche Preisempfehlung des Herstellers (UVP)
** Detaillierte Angaben zum Rücktrittsrecht und Informationen zum Datenschutz finden Sie auf: www.personalshop.com



ERFOLGSMUSICAL

DISNEYS „DIE SCHÖNE UND DAS BIEST“

„Die Schöne und das Biest“ zählt zu den größten Film-Erfolgen aus dem Hause Disney und wurde mit fünf Grammys und zwei Oscars gekrönt. Mit der Musicalfassung eroberte das zauberhafte Märchen vom Broadway aus ein zweites Mal die Herzen der Fans: Weltweit haben inzwischen mehr als 25 Millionen Menschen mit Belle und dem Biest gelebt, gelitten und vor allem geliebt.

+++ SPEZIALERMÄSSIGUNG +++

Das Musical mit farbenprächtigen Bildern, gefühlvoller Musik, fabelhaften DarstellerInnen und ausgefeilten Tanzeinlagen kommt nun nach Wien. Über die ÖGB-Kartenstelle erhalten Sie für die Vorstellung am 8. November 2018 in der Wiener Stadthalle 20 Prozent Ermäßigung. Für alle anderen Termine gibt es zehn Prozent Ermäßigung.

Mehr Infos: kartenstelle.oegb.at

KONTAKT ÖGB-KARTENSTELLE

<http://kartenstelle.oegb.at>

Öffnungszeiten: Mo, Di, Mi: 9 bis 16 Uhr;
Do: 9 bis 18 Uhr; Fr: 9 bis 13 Uhr.
Tel.: 01/534 44-39675, 39677, 39679,
Adresse: Johann-Böhm-Platz 1, 1020 Wien,
E-Mail: ticketservice@oegb.at

Bei der Kartenbestellung bitte Ihre
Gewerkschaftsmitgliedschaft nachweisen.

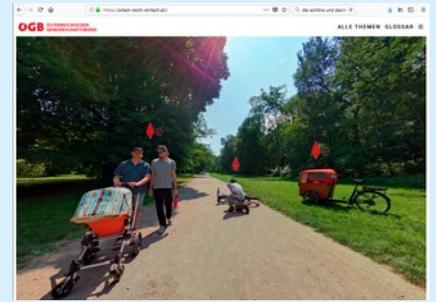


PREISVORTEIL

EXKLUSIVE ANGEBOTE FÜR ÖGB-MITGLIEDER

7,5 Prozent bei kika/Leiner, 10 Prozent auf stromsparende LEDs, 10 Prozent auf Brillen und Kontaktlinsen, 20 Prozent auf ausgewählte Veranstaltungen im Wiener Metropol und vieles mehr: Mit der ÖGB-Card erhalten Mitglieder tolle Angebote und profitieren von vielen Ermäßigungen auf verschiedene Einkaufs-, Kultur- und Bildungsangebote sowie auf Freizeitveranstaltungen und Urlaube. Einfach im Geschäft oder beim Check-in die Mitgliedskarte vorweisen.

Ein Überblick über die Angebote, die für alle Gewerkschaftsmitglieder gelten, bietet die ÖGB-Card-Vorteilsplattform. Hier kann man auch die Angebote nach Region filtern. Mehr Informationen: preisvorteil.oegb.at



ARBEIT-RECHT-EINFACH.AT

DEINE RECHTE IM JOB – ONLINE ZUM NACHLESEN

ArbeitnehmerInnen haben in Österreich dank starker Gewerkschaften im Arbeitsleben in gewissen Situationen wie etwa Jobantritt, Kündigung, Jobwechsel, Krankheitsfall oder Pensionsantritt zahlreiche Rechte. Doch diese hart erkämpften Rechte bringen oft nichts, wenn sie unbekannt sind. Denn seine Rechte zu kennen ist die Grundvoraussetzung, um einfordern zu können, was einem zusteht.

Neben der Infobroschüre „Was Sie unbedingt wissen sollten“ bietet der ÖGB ArbeitnehmerInnen nun auch eine interaktive Online-Lösung: [+](http://arbeit-recht-einfach.at). Die Inhalte sind in einfacher Sprache aufbereitet, in Fragen aufgearbeitet und zusätzlich durch zahlreiche Erklärvideos ergänzt. Alle Informationen unter: arbeit-recht-einfach.at

„WER IST BEI EUCH DER MANN?“

HOMOSEXUALITÄT UND SEXUELLE IDENTITÄT IN DER ARBEITSWELT

Bunt, na und?! Wer wen liebt, sollte eigentlich im Job keine Rolle spielen – tut es aber. Über 200.000 ArbeitnehmerInnen in Österreich sind homo- oder bisexuell oder lassen sich keiner gängigen Kategorisierung von Mann oder Frau zuordnen. Wie es ihnen in der Arbeitswelt geht und wie Firmen mit dem Thema Vielfalt umgehen, wird auf der Tagung „Wer ist bei euch der Mann?“ von ÖGB und AK am 26. September (von 13 bis 17 Uhr) beleuchtet. Dabei werden nicht nur die Ergebnisse der ersten österreichweiten Studie zu Homosexualität und sexueller Identität in der Arbeitswelt präsentiert, sondern auch Beispiele, wie ein Klima im Betrieb geschaffen werden kann, in dem jeder und jede Wertschätzung und Respekt erfährt – und was das den Unternehmen bringt.

Ort: Bildungszentrum der AK Wien, Theresianumgasse 16–18, 1040 Wien

Anmeldung möglich unter: FF.VA@akwien.at

SYSTEM POLSTER
PLANEN SIE SELBST

Weitere Farben gegen
geringen Aufpreis

Leiner

kika

3.509,-***

1.699,-

SIE SPAREN
51%

SITZGRUPPE.

Stoff braun. Inkl. Kopfteilverstellungen. Rücken echt.
Ca. 185 x 340 x 243 cm. Gegen Aufpreis: Zubehör und
Funktionen. (22615382, 21789419, 21789534)



Inkl. Kopfteilverstellung

Gültig 13.8. bis 6.10.2018/AT9707. Gültig in allen kika und Leiner Einrichtungshäusern. Solange der Vorrat reicht.
Stattpreise *** sind unverb. Hersteller-Preiseempf. Vorbehaltlich Satz- und Druckfehler. Symbolfoto.

kika.at | leiner.at



MITGLIEDERRABATT

7,5%¹⁾

AUF IHREN
EINKAUF

Ausgenommen alle Werbe- und Aktionsartikel
aus unseren aktuellen Prospekten.

1) Gültig bis 29.9.2018 in allen kika und Leiner Einrichtungshäusern in Österreich. Vom bisherigen Verkaufspreis. Gilt nur für Neuaufträge und ist nicht mit anderen Aktionen kumulierbar. Ausgenommen Werbe- und Aktionsware, Warengutscheine, Dauertiefpreise, Bestpreise, Serviceleistungen, Bücher, Elektrogeräte/ Zubehör und Lebensmittel. Der Vorweis der ÖGB-Card bzw. der Gewerkschaften ist unbedingt vor dem Verkaufsgespräch dem Einrichtungsberater vorzulegen. Vorbehaltlich Satz- und Druckfehler.

RESTAURANT

Täglich frisch gekocht!

GUTSCHEIN

Gültig von 13.8. bis 6.10.2018

Leiner



3,60*
1,90

WARMER SCHOKOKUCHEN mit einer Kugel Vanilleeis, Schokosauce und Schlagobers

Symbolfoto. Preis pro Portion. Pro Person max. 2 Portionen. Solange der Vorrat reicht. Bitte diesen Gutschein vor der Bestellung vorweisen. Leider kein Restaurant bei Leiner Krems. *Stattpreis bezieht sich auf unseren bisherigen Verkaufspreis.

RESTAURANT

Täglich frisch gekocht!

GUTSCHEIN

Gültig von 13.8. bis 6.10.2018

kika



3,40*
1,90

KAFFEE & KUCHEN 1 Tasse Verlängerter oder Melange und 1 Stück Kuchen

Symbolfoto. Preis pro Portion. Pro Person max. 2 Portionen. Solange der Vorrat reicht. Bitte diesen Gutschein vor der Bestellung vorweisen. *Stattpreis bezieht sich auf unseren bisherigen Verkaufspreis.



Pasta mit Salsiccia und frischem Spinat

von Florian Kräftner

Zutaten (für vier Personen)

- ◆ 300 Gramm Salsiccia
- ◆ 1 Knoblauchzehe
- ◆ 2 kleine Zucchini
- ◆ 1 TL Fenchelsamen
- ◆ Olivenöl
- ◆ 400 Gramm kurze Pasta (z. B. Penne)
- ◆ 2 TL Dijonsenf, 1 TL Zucker
- ◆ 1 TL Kapern
- ◆ 1 TL getrockneter Oregano
- ◆ 1 TL scharfer geräucherter Paprika
- ◆ 4 Tomaten
- ◆ 1/8 Weißwein
- ◆ 400 Gramm Blattspinat
- ◆ Salz, Pfeffer
- ◆ Käse



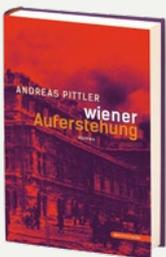
© Florian Kräftner, Illu.: Isabella Carhoun

Wieder einmal Pasta. Für korrektes Zubereiten einer Bolognese ist heute keine Zeit, die sollte ja stundenlang dahinköcheln. Wir nehmen also statt Faschiertem eine Salsiccia, die italienische weiche Rohbratwurst. Der Vorteil: Bis das Wasser kocht und die Nudeln fertig sind, ist auch die Sauce so weit. Salsiccia ist aus Schweinefleisch, da passen Fenchel und Oregano perfekt dazu. Es geht aber auch mit

Rinderwurst. Zwei Liter Wasser zum Kochen bringen. Salsiccia klein schneiden oder aus dem Darm drücken. Knoblauch hacken. Zucchini klein schneiden. Eine beschichtete Pfanne trocken erhitzen und Fenchelkörner anrösten. Sobald sie dunkler werden, Olivenöl und Wurst dazugeben und ordentlich Farbe annehmen lassen. Zucchiniwürfel dazu, weiterbraten, währenddessen Tomaten klein schneiden und Pasta ins

kochende Wasser geben. Senf, Zucker, Oregano und Kapern hinzufügen, zwei Minuten weiterbraten. Paprika unterrühren, Tomaten dazugeben, mit Wein ablöschen. Nudeln zwei Minuten vor Ende der Kochzeit mit etwas Kochwasser (für die Saucenbindung) in die Pfanne zum Gemüse geben, Spinatblätter unterheben, nach zwei Minuten anrichten – darf durchaus noch ein bisschen suppig sein. Käse drüberreiben.

ZWEI WIENER FAMILIEN UND DER WIEDERAUFBAU NACH DEM KRIEG



Wien 1945: Der Krieg ist vorbei. Die Bielohlaweks und die Strechas kennen wir schon aus dem ersten Teil von Andreas Pittlers Triptychon („Wiener Kreuzweg“, siehe Solidarität, April-Ausgabe 2017). Wickerl Bielohlawek kehrt aus dem KZ zurück und fragt sich: „Warum hatte er überlebt, während so viele andere, die es vielleicht wesentlich mehr als er zu leben verdient hätten, hatten sterben müssen?“ Turl Strecha engagiert sich bei der Gewerkschaft. Es ist die Zeit von Franz Olah, der auf Streikende einprägen lässt und hier auch sonst sehr unsympathisch gezeichnet wird. Mittelpunkt der Hand-

lung ist wieder die „Hernalser Brauerei“. Sie wird nicht an die einstigen Besitzer zurückgegeben, stattdessen bleibt sie im Einfluss der Nazis, die sie vor dem Krieg arisiert haben. Pittler schildert den Alltag abseits der großen Politik: Mit Fini Strecha und Fanny Bielohlawek, die am Schwarzmarkt Erdäpfel und

manchmal sogar ein paar Marillen organisieren. Und mit vielen vom Aussterben bedrohten Wörtern: Buckel, Bauxerl, Hirnhappler und herumnutscherln. Übersetzung wird im Glossar mitgeliefert.

»SIE ABER ÖFFNETE DIE KREDENZ UND HOLTE DIE MARILLEN HERVOR. WICKERL UND FRITZ BLIEB DER MUND OFFEN. ES WAR DER VATER, DER ALS ERSTER SEINE STIMME WIEDERFAND: ‚WO UM HIMMELS WILLEN HAST DENN DIE HER?‘«

Andreas Pittler: Wiener Auferstehung. Wiener Triptychon, Band 2. Echomedia, 420 Seiten, 22 Euro.

Bestellen: www.diefachbuchhandlung.at

Verlost wird ...

das Familienspiel "Das kriminelle Talent-DKT".

LÖSUNG BITTE EINSENDEN AN:

--	--	--	--	--	--

1 2 3 4 5 6

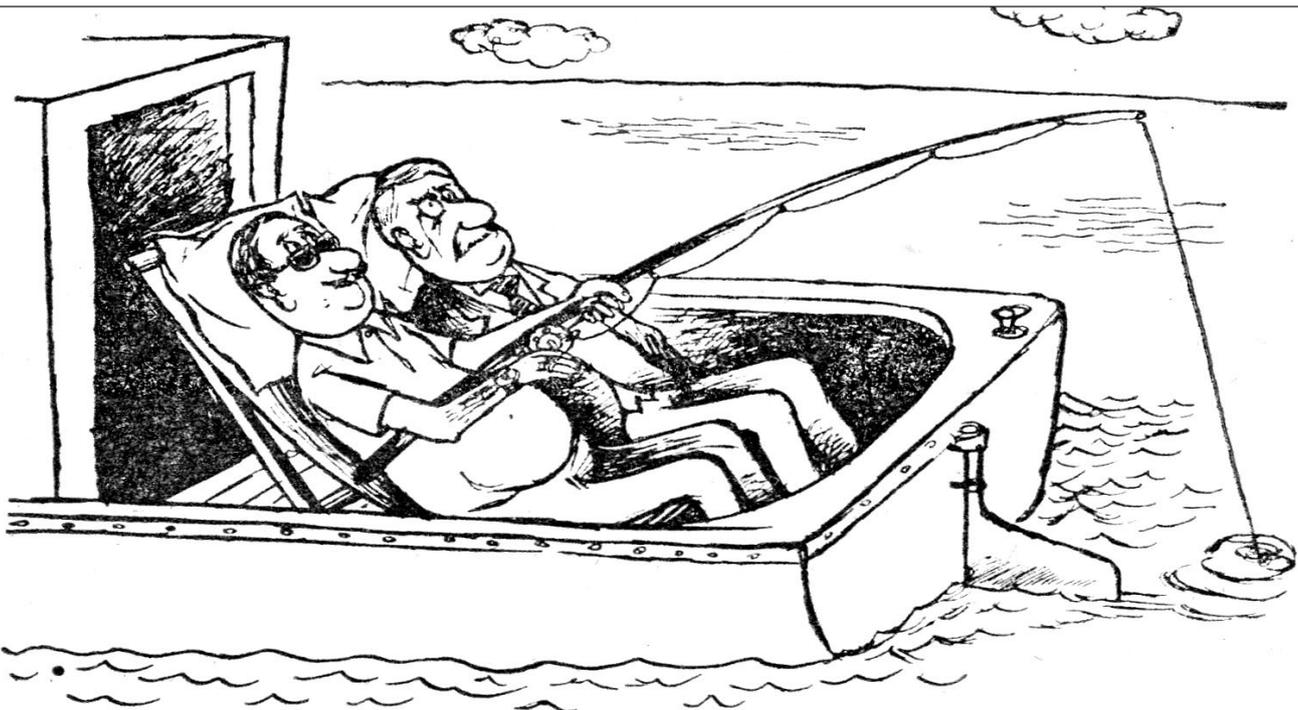
Redaktion Solidarität, Johann-Böhm-Platz 1,
1020 Wien oder gewinnspiel@oegb.at
Einsendeschluss: 7. September 2018

Auflösung des Rätsels Solidarität - Nr. 978

■ ■ H ■ ■ R ■ ■ ■ ■ ■ ■ ■ ■ ■ ■
 L A A ■ A U S S A A T
 ■ P E R L E ■ E B B E
 T A U ■ P ■ T I T E L
 ■ ■ S K I O R T E ■ L
 S A L O N ■ A ■ I R E
 ■ L ■ R ■ F E H L E R
 ■ M E N N I G E ■ D ■
 ■ O R F ■ S E I P E L
 ■ E H E S T ■ L O R E
 ■ H ■ L I E B E L E I
 W I N D E L ■ N E I N

Zauber	ein Erdteil	Erbfaktor	vertraulich	▼	Trauben-ernte	gesetzlich	▼	Abk. für ein öst. Bundesland	▼	Geheimdienstmitarbeiter
▶	▼	▼	▼		Ruhemöbel	▶				
Lichtöffnung (Bus und Bahn)	▶			○ 1				männl. Vorname		wohlhabend
▶					Großstadt am Rhein		Abk.: Anrainer	▶		▼
Einbringen der Feldfrüchte		ugs.: Belästigung		Gegenteil von Wärme	▶				○ 5	
früheres Desinfektionsmittel	▶	▼					beleibt, prall			Äußeres des Apfels
▶				Stirnseite			kurz für CD oder DVD	▶		▼
ein erwachsener Mensch	Maschenwerk		Nahrungsmittel	▶					○ 2	
österr. Fluss zur Donau	▶		Seemannsruf	▼			österr. Schauspielerin (Elfriede)		Aktion, Handlung	jetzt
Widerhall	▶		○ 3		Benzinbestandteil	▶				▼
österr. Möbelstil	▶						ein Leichtmetall (Kurzw.)	▶		○ 4
Anzeige der Uhr	▶	○ 6			Horn-, Huplaut	▶				

s1112-63



„Ich bin überzeugt, daß meine Arbeiter keine Ahnung haben, was sie mit ihrer Freizeit anfangen sollen.“

Aus dem Archiv: Solidarität Nr. 295 aus dem Jahr 1957



ÖGB Kartenstelle

01/534 44-39675

kartenstelle.oegb.at

**Mit tollen
Angeboten für
ÖGB-Mitglieder!**

Ein Ersuchen des Verlages an den/die BriefträgerIn:
Falls Sie diese Zeitschrift nicht zustellen können, teilen Sie
uns bitte hier den Grund und gegebenenfalls die neue oder
richtige Anschrift mit

Straße/Gasse

Haus-Nr./Stiege/Stock/Tür

Postleitzahl

Ort

Besten Dank